

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 4200000 Mark für Oktober ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühr für Zustellung, Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 500000 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 27. Oktober 1923

Nummer 96

Zur Lohnfrage

Da die Tarifkommission trotz mehrstündiger Verhandlungen am 25. Oktober zu keiner Verständigung über die endgültige Lohnfestsetzung für die Woche vom 20. bis 26. Oktober gelangen konnte, wurde zunächst beschlossen, daß bis spätestens Sonnabend dieser Woche eine weitere Abschlagszahlung von

84 Milliarden Mark

(das Dreieinhalbfache der Restlohnzahlung voriger Woche von 24 Milliarden Mark) in der Spitze zur Auszahlung zu bringen ist.

Die Errechnung der auf die einzelnen Lohn- und Ortsklassen für Gehilfen, Hilfspersonal und Lehrlinge entfallenden Beträge aus dieser Zahlung erfolgt am einfachsten an Hand der Grundzahlen, die in Nr. 94 des „Korr.“ (vom 20. Oktober) veröffentlicht worden sind; die betreffenden Grundzahlen bedeuten die Prozentsätze der Spitzensumme von 84 Milliarden Mark.

Mit dieser Abschlagszahlung ist der Lohn für die Woche vom 20. bis 26. Oktober noch nicht endgültig festgesetzt; darüber hat noch das Zentralratschichtungsamt zu entscheiden. Von Gehilfen Seite sind folgende Forderungen aufgestellt worden.

1. Für die Woche vom 20. bis 26. Oktober beträgt der Lohn das Dreieinhalbfache des Lohnes der Vorwoche.
2. Die Auszahlung des Lohnes hat in wertbeständigen Zahlungsmitteln zu erfolgen. Soweit die Zahlung noch in Papiermark erfolgt, ist der Restlohn im gleichen prozentualen Verhältnis aufzuwerten, wie sich die Entwertung der Mark bis zum Auszahlungstage vollzogen hat.
3. Der für die laufende Woche festzusetzende Lohn ist in gleicher Höhe als Vorzuschuß auf den Lohn der nächsten Woche am Mittwoch zu zahlen.

Über das Endergebnis kann erst in nächster Nummer berichtet werden, die am nächsten Dienstag erscheinen wird.

Vorstöße der Zeitungsverleger

In dem Rückblick auf die letztmaligen Lohnverhandlungen (Nr. 95) erwähnten wir den von einzelnen Vertretern der Zeitungsverleger dabei erhobenen Widerstand gegen die Gehilfenforderungen. Was für die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes sich aus der organisierten Diktatur des Dollars und aus der Zügellosigkeit der privatkapitalistischen Zwangswirtschaft und nicht zuletzt aus der straffälligen Mittätererschaft der bürgerlichen Tagespresse daran als Forderungen zur Lebensführung ergibt, das wird eisensternig verleugnet. Ein hoher Abonnementschlüssel, ein noch höherer Anzeigenschlüssel und eine gehörige Portion Rückvergütungen, dann wäre dem, was man in Deutschland Geldentwertung nennt, schon nachzukommen, wenn nicht die hohen, sehr hohen Papier- und Materialpreise sein würden. Für diese Ausflüsse von Syndikatsdiktatur sucht man sich nun an den eigenen Arbeitern schadlos zu halten, obwohl deren Löhne trotz der 30 Milliarden nur 12 Proz. von den Produktionskosten ausmachen. Man kann aber wohl sagen, daß bei dem jetzt üblichen Wochenabonnement und der mehrmaligen Nachzahlung bei Monatsbezug durch die Post die Lage der Zeitungsverleger nicht eine derartige ist, daß sie gerade an dieser Stelle, wo es zum Leben nicht hin- noch herlangt, ihre Bilanz in Ordnung zu bringen suchen.

Doch es steckt Prinzip dahinter. Gegen die Ausbeutung durch andre kapitalistische Kreise zu sein, ja, deren Übergoldmarktgeschäftsgebaren in der Presse noch verteidigend, hat man nur den Mut, gegen die allein noch mit Papiermark abgeordneten Arbeiter vorzugehen. Nach einem uns vorliegenden Rundschreiben eines großen Zeitungsverlegervereins ist planmäßig in der Tarifkommission gegen die Lohnforderungen der Buchdrucker und der Hilfsarbeiter von Seiten der Zeitungsverleger vorgenommen worden. Welche Kreise derselben seien zu der Überzeugung gekommen, daß der Reichstakt unter Umgehung der Reichs-Lohn nicht mehr aufrecht-

erhalten werden kann, und daß man auf Ländertarife zu kommen müsse. Das Spiel von Mitte August, wo gerade die Kurzfristigkeit der Zeitungsverleger das Signal zu den (durchkreuzten) Betriebsstillegungen gab und auch die Parole zu Regionalstarifen von dieser Seite kam, scheint sich wiederholen zu wollen. Zum mindesten ist eine Vorübung zu den Verhandlungen bei Tarifablauf im Gange. Das Publikum kann sich aber einen Vers dazu machen, daß trotz seiner Milliardenwochenabonnements die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe zu der riesenhaften Arbeitslosigkeit auch noch unter Lohndruck gestellt werden soll.

Die Kollegen in kleinen Ortschaften seien im besondern gewarnt. Es ist nach diesem Rundschreiben Absicht, Lohnreduktionen unter irgendwelchen Versprechungen zu vereinbaren und darüber an zentraler Stelle in Berlin Material zu sammeln. Hat man dann irgend etwas in Händen, wird über solche abgeschlossenen „Verträge“ bereitwillig Auskunft erteilt; natürlich alles mit entsprechendem Multiplikator. Darin kennt man sich ja aus. In Wirklichkeit kämen nur schamlose Versuche zur Ausbeutung von Zwangsarbeit in Betracht.

Die Zeitungsverleger müssen andererseits zugeben, daß die ihnen vom Reich zugehenden Rückvergütungsbeiträge hübsch hoch sind (für August hat das Reich sogar das 100fache des wirklichen Eingangs der Waldbgabe vorgeschossen) und daß sie ihre gesamten Organisationsbeiträge damit auch bestreiten. Wenn trotzdem darüber gekammert wird, daß das Reich Kredithilfe zur Papierbeschaffung in der selbstherrlichen Form nicht mehr gewähren will, so ist ersichtlich, wie weit man bereits sich in der Subsidienwirtschaft verstrickt hat.

Und die Gehilfen, Hilfsarbeiter und Angestellten? Sofern sie nicht schon auf der Straße liegen, soll eine Verschlechterung der Demobilisationsbestimmungen dazu mehr verhelfen. (Woan die Reichsregierung, die für das Darniederlegen der Produktion leider die Gründe zunächst auf Arbeiterseite sucht, inzwischen schon Generalheit bekundet hat.) Das dreimalige Erscheinen anläßt des sechsmaligen in der Woche und Herstellung der Blätter eines Ortes in einer außerrechtverhaltenden Druckerei ist in einer Vorstandssitzung in Goslar auch schon als Stein der Weisen zur Sprache gekommen.

Es ist also geboten, den Herren Zeitungsverlegern mehr auf die Finger zu sehen. Sie scheinen jetzt die Schieber zum Lohndruck und andern Verschlechterungen zu sein. Den ganzen Schreden dieser Zeit wissen die Herren der öffentlichen Meinung aber nichts Positives entgegenzusetzen.

Her mit dem Goldmarklohn!

Von Woche zu Woche hofft der arme Buchdruckergerelle auf wirkliche Besserung. Eine Lohnverhandlung jagt die andre, aber trotzdem: Es ist alles für die Kat. Alles Neben, Mühen, Bemühen, Aufregen, alle Nervenanspannung, alle Unkosten — alles ist für die Kat. Die „Zeitschrift“ vergiebt weiter ihre Krotobilstränen über die „hohen“ Löhne der Buchdrucker, die das Gewerbe „noch endgültig ruinieren“ werden, indes die Buchdruckerarbeiterschaft schon eine einzige Ruine bildet.

Kann das auch wohl anders sein bei dem total unzeitgemäßen Verfahren der Lohnfestsetzung nach dem Index in Papiermark? Index — neudeutsche Spottgeburt, vermaltebittes Trugbild, das uns narret. Je mehr man nach dem Indexlohn verlangt, desto weiter entschwebt er.

Zum Beispiel: Da gelingt es heute den Unterhändlern mit allen Künsten, annähernd wenigstens den Indexlohn (ich sage nur „annähernd“, kennt doch jeder den Widerstand unser Prinzipale, zu erreichen. Man atmet auf, der „Korr.“ macht seine Aufrechnung: Stundenlohn soundsoviel, zwar noch nicht genug, mehr war aber nicht zu holen; man muß sich zufrieden geben, ein andermal mehr. Schön. Nun der Auszahlungstag dieses Lohnes: 2 1/2 Milliarden sämtlicher Dollarturs am Vortage 500 Millionen) gleich 0 Dollar 50 Cents. (Die Barauszahlung rechne ich nicht, das ist eine platonische Sache, solange sie nur empfohlen wird.) Aber damit nicht genug. Jetzt kommt noch die Verbrauchswoche. Die Mark fällt weiter; sie kann ja nicht mehr anders, als fallen. Auf vierzig Cents sind die ursprünglichen 6 Dollar

am Ende dieser Woche zusammengedrumpft? Bitte, rechne es sich jeder aus, wer es etwa noch nicht getan hat.

Mein ehrlich verdienter Lohn ist mir also glatt aus der Hand geschlagen. Das ist nackter Betrug! Darum weg mit diesem System! Weg mit dem Indexlohn auf solcher Grundlage!

Schneller den Verhältnissen anpassen, das muß die Lösung für uns sein. Wenn ich heute alle Lebensbedürfnisse nach Goldmark bzw. Dollarkursen ersehen muß (sogar die Düngerabfuhrkosten muß man in Leipzig jetzt nach dem in seiner Bescheidenheit so unheimlich täuschenden Goldpfennig bezahlen), so muß der Arbeiter notwendig auch in Goldmark oder in Dollarkursen bezahlt werden. Basta!

Man besinne also nicht mehr: Der Lohn für die Woche vom — bis beträgt 2½ Milliarden (Papiermark), sondern ganz einfach: Der Lohn ist bis auf weiteres 10 oder 8 oder 6 Dollar, je nachdem, wie man mit der andern Seite unter einen Hut kommt. Kosten und Aufregungen werden so gespart und Nerven gesont. Die Mark mag dann fallen, wie sie will, ich erhalte dann eben meinen festgesetzten Goldmarklohn in Gestalt der nach dem jeweiligen Tageskurs umgerechneten Papiergeldsumme. Die Mark wird aber dann auch gar nicht mehr fallen, denn man hat den Inflationshyänen als Spekulationsobjekt entzissen.

Also auf zur schleunigen Tat! Her mit dem Goldmarklohn! Oder auch Dollarlohn. Es ist dasselbe, der Name tut weniger zur Sache.

Leipzig.

E.

Auflehnung gegen den Hungertod

In kurzen Strichen ein paar nackte Tatsachen: Mein Verdienst betrug nach Abzug der Steuern und des Krankengeldes für die Zeit vom 20. September bis 11. Oktober noch keine 4 Milliarden Mark. Für dieselbe Zeit verbrauchte meine Familie (drei Köpfe) 18 cbm Gas. Ich erhielt dafür eine Gasrechnung von 4 Milliarden und 880 Millionen Mark. Ist diese Rechnung nicht innerhalb drei Tagen bezahlt, wird die Geldentwertung zugeschlagen. Mein Gesamtverdienst als Arbeiter reicht also bei weitem nicht aus, nur allein das Gas zu begleichen! Ich muß also meine letzten Broden pforden lassen, weil mir mein Beruf kein Brot mehr gibt.

Heute forderte mein Hauswirt den auf mich fallenden Anteil des Wasserzinses für einen Monat in Höhe von 1¼ Milliarden Mark. Das ist mehr als die Hälfte meines nominell höchsten Wochenlohnes allein für klares Wasser! Ich muß es auch hier auf die Pfandung des letzten Möbelsüdes ankommen lassen, wenn ich mit meiner Familie nicht sofort verhungern will.

Für die kommende Woche brauche ich wenigstens vier Brode. Diese kosten heute 2 Milliarden Mark. Das ist allein für vier Brode der Lohn, den man mir in dieser ganzen Woche in die Hand drückte. Am 15. Oktober hört aber die Brodkarte auf, dann wird auch kein Brot noch viel mehr abholtet werden. Wenn ich an die Beschaffung der Kartoffeln denke, für die die Millionen auch schon ausgespielt haben, dann tritt mir der kalte Angstschweiß auf die Stirn wegen meiner Familie.

Im deutschen Strafgesetzbuch gibt es das Delikt der fahrlässigen Tötung; was jetzt am arbeitenden Volke verübt wird, ist in seinem Effekt Hungertod ohne die Milderung fahrlässiger Handlung. Gibt es denn keine Richter mehr in Deutschland? Warum läßt die Regierung der deutschen Republik, in der doch alle Mitglieder der Volksgemeinschaft gleich sein sollen, es noch immer zu, daß die einen in Goldmark verdienen und die vielen vielen andern für Papierlöhne arbeiten müssen und dabei mit ihren Familien verhungern?

Em den.

Otto Fuhrsch.

Internationales Buchdruckersekretariat

Über die vierte Sitzung der Sekretariatskommission am 11. Oktober ging uns aus Bern folgender Bericht zu: Der Buchdruckerverein „Gutenberg“ in Bukarest machte Mitteilung, daß in einer der größten Tageszeitungen Bukarests ein Streik ausgetrieben sei, weil die Prinzipale statt der von den Gehilfen verlangten 30prozentigen Lohnerhöhung nur eine solche von 5 Proz. gewähren wollten. Weiter teilte der Vorstand des Estnischen Buchdruckerverbandes in Reval mit, daß in mehreren Städten Estlands ein Buchdruckerstreik ausgebrochen sei. Der Vorstand des Isländischen Buchdruckervereins gab bekannt, daß der in Kraft bestehende Tarifvertrag am 31. Dezember dieses Jahres abläuft. Die Sekretariatskommission nahm von allen diesen Mitteilungen Kenntnis und veranlaßte die notwendigen Maßnahmen. Der Vorstand des Verbandes der Graphischen Arbeiter Jugoslawiens schilderte die ärztliche Lage in seinem Verbandsgebiet. Daraus ging hervor, daß dort die tollste Unternehmerraktion herrscht. Die Prinzipale respektieren den noch in Kraft befindlichen Tarif gar nicht mehr und provozieren die Gehilfen auf jede nur erdenkliche Art und Weise. Die Sekretariatskommission prüfte die ganze Angelegenheit aufs genaueste und beschloß dementsprechend. Ein Vorschlag des Vorstandes des Norwegischen Zentralvereins für Buchdrucker betreffend die Delegationen des Sekretärs wurde behandelt und eine entsprechende Antwort erteilt. Auf Einladung des

Verbandes der ungarischen Buchdruckerarbeiter zu einer ordentlichen Generalversammlung am 1. November wurde beschlossen, den Sekretär abzuordnen. Vom französischen Verbandsvorstand in bezug auf die Beitragsfrage und damit zusammenhängenden Sparmaßnahmen gemachte Vorschläge konnte die Sekretariatskommission nicht behandeln. Diese müssen einem internationalen Buchdruckerkongress unterbreitet werden. Der vom Sekretär über den internationalen Kongress der Lithographen und verwandten Berufe, der vom 27. bis 30. September in Luzern (Schweiz) stattfand, erstattete Bericht wurde genehmigt und verdankt. Die Sekretariatskommission schloß sich einer Resolution betreffend den Palais Mondial in Brüssel an. Unter „Verschiedenem“ gemachte Anregungen wurden dem Sekretär zur Erledigung überwiesen.

Allgemeine Rundschau

Stilllegung eines Berliner Druckereibetriebes durch Militärgewalt. Auf Anordnung des Wehrkreis-Kommandos ist am Montag die Friedrichstadt-Druckerei in Berlin, in der das kommunistische Zentralorgan „Rote Fahne“ gedruckt wird, geschlossen und verriegelt worden. Angekündigt wurde, weil in den letzten Tagen in verbotswidriger Weise zahlreiche zum Generalstreik und zur Bewaffnung des Proletariats auffordernde Flugblätter gedruckt worden sind. In Berücksichtigung der Tatsache, daß in der Friedrichstadt-Druckerei neben der „Roten Fahne“ noch zahlreiche andre Druckaufträge hergestellt werden und daß über 200 Arbeiter durch die militärische Maßnahme brotlos wurden, hat sich begreiflicherweise der Arbeiterschaft, in erster Linie der graphischen, eine allgemeine Erregung bemächtigt, die zu einem folgenschweren Konflikt zu führen drohte. Die Organisationsleitungen wandten sich alsbald an Mitglieder des Reichskabinetts, das Wehrkreis-Kommando, das Polizeipräsidentium usw. Verhandlungen einer Kommission mit dem Polizeipräsidenten bewirkten denn auch, daß die sofortige Freigabe der Friedrichstadt-Druckerei erfolgte. Einer gleichzeitigen tagenden Funktionärerversammlung der graphischen Berufe in Geld- und Zeitungsbetrieben ging das indessen nicht weit genug. Sie beschloß deshalb mit großer Mehrheit, am 25. Oktober in den Streik zu treten, falls bis dahin der Belagerungszustand und das Verbot der „Roten Fahne“ nicht aufgehoben ist. Eine für den 24. Oktober vorgesehene Funktionärerversammlung sollte das letzte Wort darüber sprechen. Bei Drucklegung dieser Nummer erfahren wir, daß durch den Militärbefehlshaber von Groß-Berlin ein Streikverbot erlassen worden ist auf Grund der Verordnung über lebenswichtige Betriebe. Sämtliche Rotendruckereien gelten als lebenswichtige Betriebe im Sinne jener Verordnung. Der Betriebsrat der „Vorwärts“-Druckerei, der inzwischen zu der Stilllegung der Friedrichstadt-Druckerei Stellung genommen hatte, traf unfres Erachtens das Richtige in der Sache, wenn er in einer Entschließung betonte: „Ohne uns in diesem Augenblick mit der Frage der Pressefreiheit und den Gründen, die zum Verbot der „Roten Fahne“ geführt haben, zu beschäftigen, verurteilen wir ganz entschieden die Schließung der Druckerei und die gewalttätige Entfernung der dort beschäftigten Arbeiterschaft. Wir betrachten diese Maßnahme nicht nur als einen Schlag gegen die kommunistische Partei, sondern als eine schwere Gefahr, die sich gegen die Existenz der gesamten Arbeiterschaft richtet. Wir erwarten, daß diese völlig unverständliche Maßnahme auf dem schnellsten Wege rückgängig gemacht wird, da sonst Folgen eintreten können, die zur Stunde noch unübersehbar sind.“ Dieser Auffassung können wir uns nur anschließen.

Angedachte Vergebung staatlicher Druckaufträge an das Ausland. Auf Grund einer Zeitungsnotiz über die Herstellung deutscher Banknoten in der Wiener Staatsdruckerei richtete unser Verbandsvorstand am 25. September an den Reichsfinanzminister eine entsprechende Anfrage. Wie daraufhin das Reichsbankdirektorium am 18. Oktober mitteilte, sind von ihm bisher an die Wiener Staatsdruckerei Aufträge irgendwelcher Art nicht vergeben worden. Das Reichsbankdirektorium erklärte vielmehr ausdrücklich, daß es bei der Vergebung von Aufträgen nach wie vor auf das einheimische Druckgewerbe weitestgehende Rücksicht nehmen werde.

Faktorengehälter betreffend. Wie wir der „Buchdruckerwoche“ entnehmen, sind die Septemberbezüge der Faktoren im Kreis VII (Sachsen) nachträglich abgeändert worden, indem für Orte mit 25 Proz. Ortszuschlag dasselbe Gehalt vereinbart wurde wie für Berlin, nämlich 2,2 Milliarden für die Gruppe A, 2 Milliarden für B und 1,8 Milliarden für C.

Zur Urabstimmung im Deutschen Faktorenbund. In voriger Nummer haben wir bereits das Ergebnis der Urabstimmung über den Anschluß des Faktorenbundes an die IFA kurz mitgeteilt. Die von der Bundeshauptversammlung für den Anschluß verlangte Zweidrittelmehrheit wurde nicht ganz erreicht. Vorausgesetzt, daß die Abstimmung überhaupt rechtsgültig ist, was von verschiedenen Seiten bestritten wird, ist daran besonders bemerkenswert, daß bei weitem nicht einmal so viel Stimmen für den Anschluß abgegeben wurden, als Verbandsmitglieder dem Faktorenbund angehören. Hätten diese auch nur annähernd ihre Schuldigkeit getan, so wäre der Anschluß mit Zweidrittelmehrheit glatt beschlossen. Die „Graphische Welt“ läßt sich übrigens bei dieser Gelegenheit — wie von Unbekannt an ziemlich konsequent bei Behandlung der IFA-Frage — in offenkundigen Gedankenkonferenzen, wenn sie mit der Meise des Wiederantritts versichert, daß nun die „Mehrheit“ der Mitglieder für die Beibehaltung der gewerkschaftlichen „Neutralität“ entschieden habe. Wo in aller

Welt gibt es für eine Organisation, die Berufsinteressen vertreten will, so etwas wie gewerkschaftliche Neutralität, die nichts anderes ist wie Kastrentum? Zu der Behauptung aber, daß das von der „Mehrheit der Mitglieber“ beschlossen sei, gehört angesichts des äussernährigen Stimmergebnisses ein Witz, der eigentlich einer kräftigeren Bezeichnung bedürfte, oder aber das Bemerkeln, daß man sich der wirklichen Mehrheit gegenüber allerhand ungestraft erlauben darf. Diese wirkliche Mehrheit hätte nun eigentlich zunächst die Pflicht, sich ihre Führer etwas näher anzusehen. Abgeschlossen ist die Frage, ob und wie die Faktoren sich am zweckmäßigsten organisieren, durch diese „Abstimmung“ ganz gewiss nicht.

Schlüsselsatz für das Buchdruckergewerbe. Die Schlüsselsatz des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurde vom 24. Oktober ab auf 600 Millionen festgesetzt.

Schlüsselsatz für den Buchhandel. Mit Wirkung vom 24. Oktober an beträgt die Schlüsselsatz für den deutschen Buchhandel 16 Milliarden.

Lohnregelung für das Buchbindergewerbe. Auf Grund eines am 20. Oktober getroffenen Abkommens wurden die in der Woche vom 11. bis 17. Oktober verdienten Löhne verdoppelt. Für die Zeit vom 18. bis 20. Oktober war ein Spitzenstundenlohn von 710 Millionen zu zahlen. Am 24. Oktober sollte eine Kontozahlung in ungefährer Höhe der ab Montag (22. Oktober) geleisteten Arbeitsstunden auf der Grundlage des Spitzenlohns von 710 Millionen erfolgen. Neue Verhandlungen waren für den 25. Oktober vorgesehen.

Gewerkschaften und Wirtschaftsmat. Wie aus einem Aufruf des ADGB an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten hervorgeht, wurde am Dienstag (23. Oktober) eine Abordnung der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beim Reichskanzler vorstellig, um der Reichsregierung zur Behebung der gegenwärtigen katastrophalen Notlage der Arbeitnehmererschaft folgende Forderungen in ultimativer Form zu unterbreiten: 1. Sofortige Schaffung eines werblichfähigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger. 2. Heranschaffung und Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel. 3. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge. Für den Fall, daß die Reichsregierung diese Forderungen nicht umgehend verwirklichen würde, drohten die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, zu weiteren Maßnahmen zu schreiten. Daraufhin hat der Reichskanzler die Herausgabe eines sofort in den Verkehr zu bringenden werblichfähigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger angeordnet. Eine vom Reichskanzler, Reichsfinanzminister und Reichswirtschaftsminister unterzeichnete amtliche Mitteilung darüber ist inzwischen in der Tagespresse erschienen. Über die weiteren Forderungen wurde mit den Ressortministern verhandelt.

Vorschüsse an die Erwerbslosen. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Nach den geltenden Bestimmungen sind die Gemeinden ermächtigt, in der Mitte jeder Woche Vorschüsse auf die Erwerbslosenunterstützung in Höhe der Sätze auszusahlen, die für die vorhergehende Woche festgesetzt sind. Mit Rücksicht auf die katastrophale Geldentwertung hat der Reichsarbeitsminister nunmehr die Gemeinden ermächtigt, in der laufenden Woche die Vorschüsse zu verdoppeln, also insgesamt Vorschüsse in der doppelten Höhe der Unterstütungen, die für die vorhergehende Woche festgesetzt sind, auszusahlen. Die Ermächtigung gilt sowohl für das befestete wie das unbefestete Gebiet.

Anforderung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Für die arbeitenden Schichten tritt demnächst eine neue Belastung durch die anteilmäßige Tragung der Kosten der Erwerbslosenunterstützung ein. Im „Reichsgeblätt“ vom 15. Oktober 1923 wurde eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge veröffentlicht, die bereits am 1. November d. J. in Kraft tritt. Diese Verordnung besagt, daß die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Erwerbslosenfürsorge erforderlich sind, durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch Zuschüsse der Gemeinden aufgebracht werden. Beitragspflichtig sind alle Arbeitnehmer, die auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit pflichtversichert sind, und deren Arbeitgeber. Die Beitragshöhe setzt der Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises für seinen Bezirk in Bruchteilen der Beiträge zur Krankenversicherung fest. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben diesen Beitrag zu zur Hälfte zu tragen. Er darf 20 Proz. des Krankentagesbeitrages nicht übersteigen. Einzuzeichnen sind die Beiträge durch die Krankenkassen als Zuschläge zu ihren Beiträgen und sie müssen mit diesen entrichtet werden. Die Krankenkassen haben die Beiträge unverzüglich an die Verwaltungsgemeinde des öffentlichen Arbeitsnachweises, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben, abzuführen. Aus dem sonstigen Inhalt der neuen, 13 Paragraphen umfassenden Verordnung können wir an dieser Stelle nur das Wichtigste wiedergeben. Die Errichtungsgemeinde des öffentlichen Arbeitsnachweises hat ein Fünftel des notwendigen Aufwandes der Erwerbslosenfürsorge in ihrem Bezirk zu tragen. Falls die Höchstleistungen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeinden zur Deckung des Gesamtanforderunges nicht ausreichen, müssen Reich und Länder die erforderlichen Beihilfen je zur Hälfte leisten, jedoch erst dann, wenn mindestens zwei Wochen hindurch die höchst zulässigen Beiträge erhoben worden sind. Über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für Erwerbslose und Kurzarbeiter entscheidet der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsanwalts für Arbeitsvermittlung. Die Pflicht der Erwerbslosen zur Annahme von Arbeit rückt sich zwar

nach den bisherigen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge, doch kann zukünftig der Verwaltungsausschuss die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig machen, die jedoch nur gemeinnützigen Charakter tragen darf. Die „Ergänzungen“ des vielumstrittenen Ermächtigungsgesetzes bekommt natürlich in erster Linie wieder die arbeitende Klasse zu spüren. Anstatt die Aufbringung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge ausschließlich der Großindustrie und dem Unternehmertum aufzuerlegen, die, nachdem sie jahrelang Riesengewinne eingeheimet haben, die Produktion willkürlich einschränken oder stilllegten, wird einfach der Arbeitnehmererschaft eine neue empfindliche soziale Last diktatorisch aufgebürdet. Dabei haben die Beiträge für die gesamte Sozialversicherung bereits eine solche Höhe erreicht, daß sie auf die Dauer nur dann noch zu erschwingen sein werden, wenn auch die Lohn- und Gehaltsregelung in werblichfähiger Währung erfolgt.

Ermäßigung des Steuerabzugs vom Lohn. Wir traten kürzlich an dieser Stelle für eine anderweitige Regelung bzw. Heraushebung des steuerfreien Lohnabzuges nachdrücklich ein. Je stärker die Geldentwertung war und je mehr der Reallohn sank, um so größer wurde die Steuerbelastung. Infolgedessen erhoben, wie wir im „Vorwärts“ lasen, am 22. Oktober Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Reichsfinanzministerium Vorstellungen, damit noch in der laufenden Woche eine Erhöhung der steuerfreien Beträge um das Doppelte erfolge. Das Reichsfinanzministerium erklärte indessen dieses Verlangen für technisch undurchführbar und mit so zahlreichen Ungelegenheiten verknüpft, daß es keine Anwendung nicht anordnen könne. Anerkannt wurde jedoch, daß der Lohnabzug zu hoch sei, und es wurde eine Änderung für die Neuregelung der nächsten Woche versprochen. Es soll durch eine völlige Anpassung der Ermäßigungssätze an die Geldentwertung erreicht werden, daß der Lohnabzug künftig nur zwischen 4 und 5 Proz. des Lohnes ausmacht.

Literarisches

Die deutsche Eisenlegierung. Untersuchungsergebnisse der Steuerkommission des ADGB, der AFA und des AFB, zusammengestellt im Auftrage der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände als Material für die Funktionäre von Kurt Seinig. Mit einem Vorwort von Rudolf Wiffel. Die vierseitige Broschüre kann von der Verlagsgesellschaft des ADGB in Berlin SO 16, Engelauer 24, zum Grundpreis von 20 Pf., für Gewerkschaftsmitglieder 10 Pf. x Schlüsselsatz (jeweils um 25 Proz. niedriger als die des Buchhandels) bezogen werden.

Mitteil und Ausschik über die russische Gewerkschaftsbewegung von S. Schwarz. (32 Seiten.) Verlagsgesellschaft des ADGB. Grundpreis 15 Pf., für Gewerkschaftsmitglieder 10 Pf. x Schlüsselsatz (jeweils um 25 Proz. niedriger als die des Buchhandels). Als jüngstes Heft seiner Schriftreihe hat der Internationale Gewerkschaftsbund die obige Schrift veröffentlicht. Ihr Inhalt beruht auf von der Bolschewisten Seite veröffentlichten Daten. Der Verfasser war bemüht, den besonderen Bedingungen, unter denen sich die russische Gewerkschaftsbewegung seit der Revolution entwickelte, ohne Vorurteil eingedenk zu werden. Allen, die sich über die russische Gewerkschaftsbewegung zu informieren wünschen, kann die Schrift empfohlen werden.

Verschiedene Eingänge

„Die Glocke.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. 9. Jahrgang, 1. Band. Nr. 20 bis 22. Preis 5 Pf. mit Schlüsselsatz. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Briefkasten

H. C. in Am. So gern wir Einwendungen über dieses zeitgemäße Thema aus Kollegentreifen den Vorkug geben würden, wie ja schon gezeigt, müssen wir dennoch Ihren Artikel ablehnen, weil seine Tendenz nur Schwächend anfangt kräftigend nach innen wie außen wirken würde. — **Verband in Leitens:** Kulturreise über 355 Millionen. Wenn Betrag ausgetraut, erfolgt Bescheid. — **H. S. in B.** Da uns die gegenwärtige ernste Situation in Verbindung mit der täglich noch empfindlicher werdenden Knappheit dazu zwingt, alles Trennende mehr als je zurückzustellen, müssen wir nunmehr auch von der Veröffentlichung Ihrer „Erwiderung“ Abstand nehmen. Auch die Gegenstelle zu Marie kommen zu lassen, war in diesem Falle wieder Vorlauf bei uns; es müssen jetzt aber so viel wichtigere Einwendungen ausfallen, daß an derartigen gar nicht vorbegegangen werden kann. — **H. C. in B.** Ihr am 25. August eingegangener Artikel hat mit dem besten Willen bisher nicht gebracht werden können, nur muß er der Knappheit wegen zur Erledigung kommen. — **Fr. W. in B.** Wie Ihnen versichert, sollte Ihr Heftchen seines allgemeinen Interesses wegen Aufnahme finden. Seitdem ist ein Vierteljahr verstrichen, und es war wirklich noch nicht möglich zu machen. Es soll aber ein letzter Versuch gemacht werden, indem die Angaben über Zeit, Rufus und ähnliches sortieren und nur das Belehrende verbleibt. — **H. C. in M.** Der „Korr.“ kann nun endlich dort wieder offen hingelassen. Es freut uns aber, zu vernehmen, wie groß immer das Begehren nach dem „gepöschten“ Verbandsorgan war. — **E. R. in T.** Eine verdienstliche Arbeit, von der wir selber nur auszusweise Gebrauch machen können. — **H. B. in Wiedlingen:** Bittschickel wenden Sie sich an den Verband der Graphischen Arbeiter Mannens in Cux (Kauferburg), Altersheim, Prata Annel 9. — **E. S. in S.** Erscheint erst in II. Auflage. — **L. E. in C.** Auch Bezug der früher eingekauften 40 000 M. und noch 1 255 000 M. einzulösen. — **M. S. in Wiedlingen:** Senden Sie noch 4 Millionen Mark ein; Zeile kostet 600 000 M. — **H. C. in Mainz:** Inferat 110: 1.700 000 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfah 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191
Postfachkonto: Berlin Nr. 102367 (B. Schweinig)

Graue Statistikkarten einsenden!

Spätester Einsendetermin für Oktober: 7. November. Stellung für die Aufnahme der Anstellten: 27. Oktober. Auf richtige Frankierung der Statistikkarten ist zu achten! Die Hauptverwaltung.

Gau Rangen. Der Gaubeitrag ist ab 28. Oktober (schonmal zahlbar am 2. November) auf 20 Millionen M. erhöht. Die ehrenamtlichen Mitglieber und Funktionäre der Gauverbände sollen den Gaubeitrag mit dem jeweiligen Verbandsbeitrag jährlich als Beitrag zur Aufnahme an die Gaukasse einlegen.

San Dresden. Beitrag vom 21. bis 27. Oktober: Dresden: Kohl 120, Kurs 110 Millionen; ...

San Rheinland-Mecklen. Der Gaubeitrag beträgt ab 28. Oktober ...

San Thüringen. Ab 24. Oktober beträgt der Beitrag zur Gaumittelklasse immer 5 Proz. ...

Leipzig. Die Gelehrte Artur Berger, geb. in Zellwies 1901, ausgel. in Leipzig 1919; ...

1868, ausgel. in Weistopf 1901; Die Drucker Walter Engler, geb. in Leipzig 1862, ausgel. ...

Adressenveränderung

Mitterfeld. Borkhender außer Berni. Sämtliche Zuschriften an den Kassierer ...

Versammlungskalender

Berlin. Versammlung der russischen Gelehrten Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“ ...

Anzeigen. Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 100000 Mark für Vereins, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 500000 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

An unsre Inserenten! Ab 1. November muss der Anzeigenpreis auf 5 Millionen Mark erhöht werden für die sechsgespaltene Nonpareillezeile ...

Gebrauchte Hebel-Schneidemaschine kleines Format, zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter Postlagerkarte Nr. 42, Pohlant 21, Dresden.

Zersplitterung auf dem Gebiete der Weltsprache bedeutet Hemmung der Weltbewegung an sich. Wer aus Liebhabergeschmack ...

Esperanto- Gruppen noch nicht bestehend, Gelegenheit zur Erlernung des Esperanto zu geben, haben sich nachstehende Kollegen zur kostenlosen Erteilung von

Sernunterricht bewilligt erklärt: A. Schöner, Dresden-N., ...

Als Grundlage für den Unterricht gilt das vom „Vereiner Esperanto-Bund“ (Leipzig-N., Markt 6) zum Grundriss ...

Tipografata Esperanta Grupo, Leipzig, „Volkshaus“, Zelter Straße 22. (Kein Geschäftsunternehmen)

Faktor für wissenschaftliche Werke, Zeitung, Geschäftsbücher, Echemaschinenfachmann, perfekt im Holländischen, ...

Faktor in Monotypebetrieb mit großem Maschinenpark, Modell C und D, schnell und sicher ...

Tüchtiger Alzidenzsetzer 23 Jahre alt, ledig, an frohes und selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht sofort Stellung. ...

Junges Schriftsetzer sucht sofort Stellung. Egal wohin. Angebote an Anton Mayer, ...

Junges Schriftsetzer neuangekommen, bisher in klein. Druckerlei tätig gewesen, ...

Erster Stempelschneider Reformen, Vulkaniseur und Fertigmacher, sucht sofort nach dem Auslande ...

21jähriger, tüchtiger Alzidenz- und Typographsetzer kann in allen Sprachen, besitze gute Kenntn. und Fertigkeit ...

Junges Gelehrte 22 Jahre alt, in allen Sprachen besonders und an selbstständiges Arbeiten gewöhnt, ...

Tüchtiger Alzidenzsetzer erstklassiger Arbeiter, auch Gold. Arbeiter, bessere Inserate, ...

En gros En detail Nähfaden Näh-, Knopfloch-, Maschin-, und wäsche ...

Junge, tüchtiger Linotypsetzer bester Maschinenkennner und -pfleger, ein Jahr lang als ...

Linotypsetzer perfekt an allen Modellen, auch Handsetzer für alle Sprachen, ...

Typographsetzer 27 Jahre alt, ledig, Koller Gelehrte, guter Maschinenkennner ...

Tüchtiger Typographsetzer alle Modelle, vier Jahre Praxis, guter Maschinenkennner ...

Tüchtiger älterer Monolinefsetzer (auch alle anderen Sprachen) sucht sofort Stellung. ...

Tüchtiger Drucker 32 Jahre alt, verh., fähig, sauber und gewissenhaft arbeitend ...

Ortverein Erfurt Freitag, den 2. November, abends 7 Uhr, im Kinderheim ...

J. S. H. Leipzig Alle Maschinenarbeiter treffen sich am 17. Oktober ...

Unterricht! Ich gebe erstklassigen Unterricht in Kalkulation oder Korrespondenz ...

Wissen befreit! Ich gebe erstklassigen Unterricht in Kalkulation oder Korrespondenz ...

Der neue Brodhäuser Handbuch des Wissens liegt nunmehr in 4 Bänden vollständig vor. ...

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 26. Lebensjahre unser lieber Kollege ...

In den letzten Wochen wurden folgende Kollegen durch den Tod ...

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. ...

Nach wohlverdientem, unheilbarem Leiden verschied am 14. Oktober ...

Nach wohlverdientem, unheilbarem Leiden verschied am 14. Oktober ...